



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 17.07.2019, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Qualifizierter Mietspiegel 2019
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 214/19

Beschlussempfehlung:

Der Mietspiegel 2019 wird als qualifizierter Mietspiegel gem. § 558 d BGB anerkannt.
Der Mietspiegel tritt am 1. August 2019 in Kraft und hat eine Gültigkeitsdauer bis 31. Juli 2021.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der Beschluss geht als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales habe ein breitangelegtes Portfolio. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Tagesordnungspunkt 8 abgesetzt. Nachdem keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorliegen, ruft EBM Seigfried Tagesordnungspunkt 1 auf. Er begrüßt Herrn Dr. Schmidt (EMA Institut) und Vertreter des Mieterbundes, sowie Haus und Grund. Erstmals werde die Erstellung des Mietspiegels durch Landesmittel bezuschusst. Die Kooperation sei auf die Stadt Kornwestheim und die Kommune Hemmingen ausgeweitet worden.

Anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, informiert Herr **Dr. Schmidt** (EMA Institut für Empirische Marktanalysen). Insbesondere geht er auf die Hintergrundinformationen und die Mietspiegelergebnisse ein.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** geht auf das Geldvermögen in Deutschland ein und dass im Wohnungsbau weiterhin Rendite erzielt werde. Ludwigsburg gehöre bei der Mietpreishöhe zu den Top 20 in Deutschland mit weiterem Anstieg. Die interkommunale Zusammenarbeit sei gut. Die kontinuierliche Mietpreissteigerungen und die große Anzahl der Wohnungssuchenden kritisiert sie und spricht weiter die Mietpreisbremse, Mietbelastung und Leerstandsquote an. Ein Wegzug aus den Ballungsräumen zeichne sich ab. Weiter spricht sie die Verbesserung des ÖPNV und

veränderte Arbeitsstrukturen an. Eine zentrale Rolle spiele die Quartiersentwicklung im Bestand wie im Neubau. Ein Verzicht auf das Auto und ein vernetztes Mobilitätsangebot sei wichtig. Positiv erwähnt sie die WBL und bedauert die Gegenwehr beim Vorhaben Heinrich-Schweitzer-Straße. Anstehende Neubaugebiete sollten anders entwickelt und Genossenschaften und Mietshäusersyndikate unterstützt werden. Die Landesbauverordnung verteuere den Wohnbau nicht. „Wasser, Luft und Boden gehöre allen Menschen“, so Steinwand-Hebenstreit.

Stadtrat **Meyer** kann mit der Vorrednerin nicht mitgehen. Die Landesbauverordnung verteuere das Bauen und erhöhe die Mieten. In einem Rechtsstaat gebe es die Möglichkeit einer gerichtlichen Klärung, auch gegen die WBL und spricht hier die Heinrich-Schweitzer-Straße an. Der Mietspiegel gibt Transparenz und werde gebraucht. Ludwigsburg sei stark nachgefragt. Die Neubauaktivitäten und Neubaulandentwicklungen müssen vorangetrieben werden. Weiter geht er auf die Anteile der WBL ein. Aufgrund der vielen Baugebiete sei die Finanzkraft und personelle Ausstattung bei der WBL begrenzt. Hier brauche man auch Bauträger um schneller voranzukommen. Weiter wolle er die Erfahrungswerte und Tendenz in weiteren Ballungsgebieten wissen. Man müsse für die Stadt die verkehrliche Belastung und die Bebauung abwägen.

Stadtrat **Dengel** sieht die Verantwortung auf landes- und bundespolitischer Ebene. Er dankt für die Erstellung des Mietspiegels. Hiermit seien Vergleichsmöglichkeiten gegeben. Er werde der Vorlage zustimmen.

Der Markt regelt das Angebot und die Nachfrage, so Stadtrat **von Stackelberg**. Er wünscht Informationen zum allgemeinen Preissteigerungsindex. Die Entwicklung sei bedenklich und er sieht künftig ein soziales, gesamtgesellschaftliches Problem, auch im Zusammenhang mit Personalgewinnung. Die Landesbauverordnung sei sinnvoll, wenngleich auch ein Hemmnis. Durch die Erstellung von ökologischen Gutachten kann es zu Verzögerungen im Bau kommen. Er geht auf den gestellten Antrag seiner Fraktion ein. Unterschiedliche Möglichkeiten, wie alternative Bauformen und Erbbaurecht, genossenschaftliches Bauen müssen ausgearbeitet werden. Der interkommunale Vergleich sei hilfreich.

Der Mietspiegel ist hilfreich und schafft Sicherheit merkt Stadtrat **Heer** an. Die Mietsteigerungen seien nicht wesentlich gestiegen. Man müsse bedenken, dass auch die Lebenshaltungskosten ansteigen. Der Mietspiegel führe im Gegensatz zu Sanierungs- und Renovierungskosten nicht zu Mieterhöhungen. Die WBL Mietpreise liegen unterhalb des Mietspiegels. Er stimmt der Vorlage zu.

Der Mietspiegel sei ein wichtiges Instrument meint Stadträtin **Schmidt**. Ein großer Teil aus der gesellschaftlichen Mitte könne sich die Mieten nicht leisten. Problematisch sehe sie die Personalgewinnung im Pflegesektor. Es müsse über andere Wohnformen nachgedacht werden.

Herr **Dr. Schmidt** geht auf die offenen Fragen ein. Heidelberg habe ein ähnliches Niveau wie Ludwigsburg. In den letzten Jahren habe es in Ballungsgebieten Steigerungen von bis zu 4% gegeben. Die jetzige Steigerung in Ludwigsburg sei eher gemäßigt, dennoch auf hohem Niveau.

Der Mietspiegel bilde lediglich den Markt ab, so EBM **Seigfried**. Das komplexe Thema Wohnen, auch hinsichtlich des Fachkräftemangels sei ein politisches Thema. Die Mieten in Ludwigsburg können dennoch bezahlt werden, da kein Leerstand zu verzeichnen sei. Als politisches Instrument nennt er Wohngeld und Sozialwohnungsbau und geht hierauf ein. Eine Fehlbelegung sei relativ gering. Die Durchschnittsmiete bei der WBL liege bei 7,03 Euro. Die Miete für Sozialwohnungen liege bei 6,-- Euro. Zudem gibt es im Privaten viele langjährige Mietverträge. Ludwigsburg brauche mehr Wohnungen, hier solle im Neubau weniger über die Höhe und Dichte diskutiert werden.

Stadtrat **von Stackelberg** wünscht Informationen zum Preissteigerungsindex. Zudem interessiert ihn, ob es eine Erhebung über stabile Städte mit wenig Wohnungswechsel gebe.

Eine Erhebung erfolge, jedoch keine Auswertung im Zuge der Erstellung des Mietspiegels, so Herr **Dr. Schmidt**. Die Steigerung des Mietpreises in Ludwigsburg sei gemäßigt.

Herr **Henning** geht auf den Verbraucherindex des statistischen Landesamtes ein.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass es in Ludwigsburg eine jährliche An-/ Abmeldezahl von rund 12.000 bei einer Einwohnerzahl von 93.000 gebe und lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 2**Schwimmfix - Jedes Kind kann schwimmen**Vorl.Nr. 188/19

Beschluss:

Vorbehaltlich der Mittelbereitstellung in den Haushaltsplänen 2020 ff. wird das Programm Schwimmfix als dauerhaftes Angebot für Grund- und Förderschulen etabliert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Moersch

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** begrüßt Frau Kutzschmar als Vertreterin des Stadtverbandes für Sport und merkt an, dass in Ludwigsburg Schwimmflächen für das Projekt Schwimmfix angeboten werden.

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) geht auf die Vorlage ein. Man benötige Schwimmflächen und zwei Lehrkräfte. Im schulischen Schwimmunterricht werden Nichtschwimmer von Schwimmern getrennt. Die Quote der Nichtschwimmer liege bei 50% der Grundschüler im Übergang zur weiterführenden Schule. Die Umsetzung des Projektes sei gelungen. Zudem verfüge Ludwigsburg über genug Wasserflächen.

Stadträtin **Wiedmann** bedauert, dass diese Grundfertigkeit nicht umfassend beherrscht werde. Sie bedankt sich bei den verschiedenen Akteuren. Sie stimmt der Vorlage gerne zu und sieht dies zudem als Vorzeigeprojekt für andere Kommunen. Zudem freut sie sich über die Motivation des Lehrpersonals.

Stadträtin **Dr. Klünder** stimmt ebenso zu. Die Kooperation sei großartig. Die Fertigkeit sei wichtig. Sie wünscht für die Schwimmvereine eine Gewinnung an Mitgliedern, die diese Fertigkeit ausbauen.

Leider sei diese Fertigkeit keine Selbstverständlichkeit mehr, bemängelt Stadtrat **Dengel**. Das Projekt solle dauerhaft eingerichtet werden. Er stimmt der Vorlage gerne zu.

Das Projekt solle etabliert werden, so Stadträtin **Metzger** und stimmt ebenso zu. Es arbeiten viele Akteure zusammen. Aufgrund der erschreckenden Zahlen solle das Programm weiterlaufen.

Stadtrat **Heer** stimmt auch zu und unterstützt das Projekt. Er sei froh, dass die Lehrschwimmbecken erhalten werden. Das Programm sei hervorragend.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, dass nicht nur Bäder und Lehrkräfte gebraucht werden, sondern auch eine sichere Umgebung für die Kinder und spricht die Notwendigkeit des sicheren Weges zum Schwimmbad an.

EBM **Seigfried** geht auf ein Schreiben des Kultusministeriums ein. Es werde eine Evaluation über den Schwimmunterricht geben. Die Verwaltung sei vom Land zu einem Kongress mit der Bitte um Vorstellung des Projektes eingeladen worden. Die Möglichkeiten vor Ort seien in Ludwigsburg ausreichend gegeben. Das Projekt brauche Ressourcen und man erwarte Unterstützung durch das Land.

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat beschließt die Neukonzeption der Bürgerdienste und Sanierung der Gebäude Wilhelmstraße 1-5, auf der Grundlage der Entwurfsplanung und Kostenberechnung vom 06.06.2019 mit **Projektkosten in Höhe von 18,8 Mio. EUR** (Kostengruppen 200-600+700, incl. 19% MwSt., Sicherheitszulagen und Baupreissteigerung).
2. Der Weiterbeauftragung der weiteren Planungsleistungen (LPH 4-9) auf Basis der Kostenberechnung für die am Projekt tätigen Ingenieurbüros wird zugestimmt.
 - Architekturbüro Vautz Mang, Stuttgart
 - Zeeh, Schreyer + Partner (HLS), Ludwigsburg
 - IGP Ingenieurgesellschaft für Technische Ausrüstung mbH (ELT), Pforzheim
 - Helber + Ruff Beratende Ingenieure (Tragwerksplanung), Ludwigsburg
3. Die notwendigen Finanzmittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2020 ff. zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung ist nicht erfolgt.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** merkt an, dass heute lediglich die Einbringung sei und kein Beschluss gefasst werde. Heute erfolge eine Information über das Vorhaben. Die Räumlichkeiten seien teilweise unzureichend, insbesondere im publikumsintensiven Bereich. Verbesserungen und Veränderungen seien unumgänglich. Die Finanzierung stehe in Konkurrenz zu allen weiteren Investitionsmaßnahmen.

Herr **Schindler** (FB Bürgerdienste), sowie Frau **Barnert** und Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) informieren zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Herr **Schindler** berichtet, dass die Bürgerdienste, trotz Digitalisierung und Ausgabeterminal, eine jährliche Besucherzahl von 85.000 abwickeln. Man habe versucht die Servicequalität, Organisation und Raumsituation zu verbessern. Die derzeitigen Räumlichkeiten lassen eine Weiterentwicklung des Besucher- und Mitarbeiterbereiches nicht zu.

Frau **Barnert** informiert über die bauliche Situation. Sie geht auf den Sanierungsbedarf des Gebäudes Wilhelmstraße und Obere Marktstraße ein. Frau Barnert zeigt eine Übersicht über die sanierungsbedürftigen Gebäude. Das Gebäude Wilhelmstraße mit barockem Ambiente könne aktiviert werden und geht auf den Mehrwert und das Potential dieses Gebäudes ein. Zwischenzeitlich seien bereits verschiedene Fachbereiche, wie IT, Finanzen und Revision umgesiedelt worden. Wichtig sei der Wunsch die Gebäude als Kulturdenkmal zu errichten. Weiter geht sie auf die drei Bauabschnitte ein. Neben den historischen Elementen wolle man moderne Elemente hinzufügen. Frau Barnert stellt die mögliche Gestaltung des Ehrenhofes vor. Zudem zeigt

sie eine Kostenübersicht der Bauabschnitte 1-3. Weitere Bauabschnitte könnten danach realisiert werden. Die freiwerdenden Flächen sollten für eine weitere Nutzung umgestaltet werden.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass das Bürgerbüro vernünftig untergebracht werden solle, sowie die Sanierung des Gebäudes notwendig sei. Zudem solle eine Lösung für die Räumlichkeiten des Gebäudes Obere Marktstraße gefunden werden. Die Mittelbereitstellung stehe in Konkurrenz zu den weiteren Maßnahmen. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** erinnert an die Begehung im Jahre 2016. Die Maßnahmen seien wichtig, auch im Sinne der Barrierefreiheit, Arbeitsplätze und Aufwertung der Trauungen. Der Umbau sei notwendig. Das Gebäude Wilhelmstraße habe eine verwehrte Fassade und könne zum Prestigeobjekt werden. Die Beleuchtung im Ehrenhof solle überdacht werden, um den Lebewesen eine Ruhephase zu gewähren.

Die Pläne seien spannend und gut durchdacht, so Stadtrat **Meyer**. Er sei dennoch dankbar, dass heute lediglich die Einbringung und kein Beschluss erfolge. Die Situation der Bürgerdienste sei bekannt. Ebenso sei ihm die hohe Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern bewusst. Dennoch gebe es eine Vielzahl an weiteren Projekten. Hierzu wünsche er eine Prioritätenliste aus Sicht der Verwaltung und die Planung der nächsten 5 bis 10 Jahre. Der Backsteinbau an der Mathildenstraße sei für die Unterbringung der Bürgerdienste ebenso zu überdenken und zu prüfen, ob dort Potential bestehe. Zudem könne er sich eine Cube Lösung vorstellen, um eine Entlastung zu schaffen. Der Bedarf werde gesehen.

EBM **Seigfried** merkt an, dass bei der Haushaltsklausur eine Prioritätenfestlegung erfolgen solle und danach eine Entscheidungsfindung.

Unstrittig werde der Bedarf gesehen und Veränderungen seien notwendig, so Stadtrat **Dengel**. Dennoch stehen viele Projekte mit immensen Kosten an. Hier müsse gut abgewägt werden. In den kommenden Jahren werden die Steuereinnahmen sinken. Zudem wolle er wissen, ob ein Controller bereits eingeschaltet sei. Er könne sich einen Workshop mit allen Beteiligten vorstellen.

Stadtrat **von Stackelberg** sieht die Sanierungsabsichten mit der Mischung aus alt und neu als sehr charmant. Die Pläne seien gut. Das Bürgerbüro soll für eine Stadt ein Aushängeschild sein. Die Prioritätenliste und der Umgang mit dieser stellt er in Frage. Er bemängelt, dass manche Maßnahmen nicht schneller beschlossen und eine Umsetzung erfolgt sei. Die Kosten für den Bauabschnitt 4 bis 6 seien noch nicht dargestellt und folgen. Die Kostenaufstellung für Bauabschnitt 1 bis 3 sei realistisch, da sehr umfangreiche Maßnahmen erforderlich seien. Ein autofreier Ehrenhof sei gewünscht. Es soll lediglich eine Zufahrt für Hochzeitsautos möglich sein.

Stadtrat **Heer** sieht die Notwendigkeit der Sanierung und Umbau. Zur Interimsnutzung könne er sich als Option die Anmietung oder den Kauf der leerstehenden Friedrich-von-Gauß-Schule vorstellen. Er wünsche einen detaillierten Zeitrahmen und eine Gesamtkostenaufstellung.

Stadträtin **Schmidt** lobt die reizvolle Ausführung. Die Notwendigkeit könne sie noch nicht einschätzen. Sie wolle wissen, ob die Diskothek in den Kellerräumen noch betrieben wird.

Herr **Weißer** geht auf die offenen Fragen ein. In den Kellerräumen werden im Wesentlichen Technikräume untergebracht. Hier werde eine Lüftungsanlage eingebaut. Als Interimslösung biete sich die Friedrich-von-Gauß-Schule nicht an. Eine Prüfung hierzu sei erfolgt. Eine Möglichkeit zur

Anmietung von Räumlichkeiten biete sich im Schertle Durchgang in der Seestraße an, da diese in der unmittelbaren Umgebung seien. Die Silcherschule wird als Verwaltungsfläche in den nächsten Jahren nicht zur Verfügung stehen. Diese werde als Ausweichfläche für die Schulen gebraucht. Eine Cube Lösung sei ebenso geprüft worden, sowie ein Controller bereits eingeschaltet. Der Ehrenhof werde autofrei, vorbehaltlich einer Vorfahrt. Die Anmerkung zur Beleuchtungssteuerung werde mit den Stadtwerken abgesprochen. Der Betreiber der Diskothek habe seine Lokalität bereits geschlossen. Die Unterführung sei, auch aufgrund von Verschmutzungen, bereits geschlossen. Die durchgeführten Interviews mit den betroffenen Fachbereichen werden in einem Workshop gebündelt. Ziel sei die Schaffung von neutralen Räumlichkeiten, anpassbar an die künftigen Entwicklungen.

Stadträtin **Wiedmann** erkundigt sich wie lange eine zeitliche Verschiebung, hinsichtlich der schadhafte Bauteile, möglich sei.

Frau **Barnert** fügt hinzu, dass der Bereich IT bereits ausgezogen sei. Hier sei die Wandverkleidung bereits entfernt worden. Diese Räumlichkeiten seien im Rohbauzustand. Bei einer Belegung müsse hier investiert werden. Zudem müsse die Haustechnik erneuert werden. Dies könne nicht während des laufenden Betriebes erfolgen. Eine Verschiebung sei schwierig.

Man stehe vor einem Entscheidungsdruck, so EBM **Seigfried**. Leerstehende Räumlichkeiten seien nicht tragbar. Es bestehe dringender Sanierungsbedarf. In Teilbereichen gebe es unzureichende Büroarbeitsplätze. Das Bürgerbüro und Standesamt brauche eine Veränderung. Die Konsequenzen müssen abgewägt werden. Weiter führt er aus, dass Anmietungen ebenso eine finanzielle Belastung darstellen. Bei Veränderungen der Rahmenbedingungen müsse eine neue Priorisierung vorgenommen werden. Der Abschluss liege in den Haushaltsberatungen.

Beschluss:

Der MTV 1846 e.V. Ludwigsburg erhält für die Verschmelzung mit der Sportvereinigung 07 Ludwigsburg e.V. eine Förderung in Höhe von 50 € pro Vereinsmitglied des kleineren, aufgenommenen Vereins.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die KSV Hoheneck e.V. erhält für die Sanierung der Dusch- und Umkleideräume sowie die Errichtung eines Anbaus für Toiletten und einen Schiedsrichterraum an das bestehende Vereinsheim bei anrechenbaren Kosten in Höhe von 175.406 € einen Zuschuss gemäß den städtischen Sportförderrichtlinien von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 88.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem ein Vortrag der Verwaltung nicht gewünscht ist, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadtrat **von Stackelberg** geht auf die Investitionskosten ein und will wissen, ob diese die Sanierung und den Anbau beinhalten.

EBM **Seigfried** bejaht dies und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den Kommunen zur Beteiligung an der finanziellen Förderung der Vertretungskräfte in Kindernestern wird zugestimmt. Hierfür werden Finanzmittel in Höhe von maximal 32.400 EUR zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem ein Vortrag der Verwaltung nicht gewünscht wird, eröffnet EBM **Seigfried** die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** regt an, dass ebenso eine Vertretungsregelung bei den Tagesmüttern angedacht werden solle.

EBM **Seigfried** nimmt diese Anregung in den Beirat Kindertagespflege mit. Die Zuständigkeit liege beim Landkreis. Bei den Kindernestern gebe es bei der Absicherung eine Sonderregelung merkt EBM Seigfried an und lässt über die Vorlage abstimmen. Weiter informiert er über die neunte Kinderneröffnung am 27.07.2019.

TOP 7**Anmeldesituation in Kindertageseinrichtungen für
das Kindergartenjahr 2019/2020
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Insbesondere geht sie auf die Anzahl der Kindertageseinrichtungen, auf die Versorgungsquote im U3 und Ü3 Bereich und die Anmeldezahlen ein. Man brauche grundsätzlich mehr Plätze als Kinder. Dies geht insbesondere auf die Einpendler-/Auspendlerbilanz, sowie auch Kinder mit besonderem Förderbedarf zurück. Der Ausbau müsse weiter vorangetrieben werden. Die Geburtenrate der Familien steige an. Mit jedem neu entstehenden Wohngebiet müsse dies berücksichtigt werden.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass ein erhebliches Delta zwischen Angebot und Nachfrage bestehe, obwohl die Lücke reduziert werden konnte. Für die betroffenen Familien sei dies dennoch eine unbefriedigende Situation. Im U3 Bereich sei die Entwicklung einer frühen Anmeldung. Viele Familien seien auf zwei Einkommen angewiesen. Dies habe massive Auswirkungen und stelle die

Stadt vor eine große Aufgabe. Für die Einpendler und Auspendler gebe es einen finanziellen Ausgleich. Viele durchgeführte Maßnahmen, wie Erweiterung der Inklusion und Ganztagesgruppen, wirken sich auf die Platzzahlen aus. Durch den Wandel von Regel- in Ganztagesgruppen gebe es lediglich noch zwei Regelgruppen in der Stadt. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Wiedmann** könne sich vorstellen, dass im U3 Bereich für Teilzeitkräfte auch ein Platzsharing möglich sei. So stehen das Einkommen der Teilzeitkräfte und die Kitagebühren in einem angemessenen Verhältnis.

Stadtrat **Meyer** fordert hier auch eine vernünftige Lösung für Teilzeitprogramme.

Stadträtin **Metzger** spricht den Personalmangel an und wie dies in der Statistik verankert sei.

Das Thema der Betriebskindergärten spricht Stadtrat **Heer** an. Große Firmen sollen auf diese betriebliche Einrichtung angesprochen werden. Ergänzend sehe er mit Errichtung von Kindernestern die Möglichkeit den Bedarf zu decken. Bei Erschließung von Neubaugebieten solle dies mitgedacht werden.

Die Probleme seien erkannt, so Stadträtin **Schmidt**.

Die Rahmenbedingungen müssen gewährleistet werden merkt Stadträtin **Moersch** an. Jedoch seien die Möglichkeiten, insbesondere durch den Fachkräftemangel, begrenzt. Chancen sehe sie bei den Kindernestern und der Kindertagespflege, die schnell und flexibel aufgestockt werden können. Die Qualität und das Angebot seien sehr gut. Die Eltern haben vermutlich mehr Vertrauen in die Kindergärten. Sie appelliert an die Gremiumsmitglieder schneller Entscheidungen zu treffen.

Die Details sollten später diskutiert werden meint Stadtrat **Meyer**. Bei Planungen solle man künftig über das Areal hinaus denken und Flächen suchen, die leichter umzusetzen seien.

EBM **Seigfried** geht auf die gute Erfahrung mit den Kindernestern ein. Für ein Kindernebst brauche man eine bestimmte Raumgröße. Hier spielt der Wohnungsmarkt auch eine Rolle. Im Gebiet Gämsenberg werden in die Objekte der Wohnbau zwei Kindernester eingeplant.

Frau **Schmetz** fügt hinzu, dass es in Ludwigsburg Regelgruppen gebe. Flexible Modelle seien ebenso gegeben, jedoch nicht bei allen Trägern. Der Schichtdienst erschwere die Personalpolitik und erfordere einen erheblichen organisatorischen und wirtschaftlichen Aufwand. Der Personalmangel sei in dieser Statistik nicht abgeglichen. Ein Ausblick in die Feinstruktur der einzelnen Einrichtungen werde nach Erstellung des Bedarfsplanes gegeben. Zum Thema Betriebskindergärten erfolgen regelmäßige Beratungen mit Wirtschaftsunternehmen. Durch den Familiencharme sei das Angebot der Kindernester sehr beliebt. Die Verwaltung stehe in enger Zusammenarbeit mit den Kindernestern.

TOP 8**Stadtteilzentrum Eglosheim
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt EBM **Seigfried** diesen Tagesordnungspunkt ab.

TOP 9**Beschaffung eines WLF (Wechseladerfahrzeug) und
eines Abrollbehälters "Rüst" für die Feuerwehr
Ludwigsburg****Vorl.Nr. 250/19**

Beschluss:

1. Der BSS beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Beschaffungsverfahrens für ein WLF für die Feuerwehr Ludwigsburg (vorbehaltlich der Bezuschussung durch das Land).
2. Der BSS beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Beschaffungsverfahrens für einen Abrollbehälter- Rüst (vorbehaltlich der Bezuschussung durch das Land).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Dr. Klünder

Beratungsverlauf:

Herr **Peifer** (FB Feuerwehr und Bevölkerungsschutz) informiert anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Ergänzend fügt EBM **Seigfried** hinzu, dass die Mittel im Haushalt enthalten seien und geht auf die entsprechenden Eigenanteile ein. Danach lässt er über die Vorlage abstimmen. Im Anschluss schließt er den öffentlichen Teil der Sitzung.